

BASKISCHE NACHRICHTEN

Nr. 113 - 2008



Vor dem Parlamentsplenum verteidigte der Lehendakari das Volksbefragungsgesetz und bekräftigte, dass es auf dem eingeschlagenen Weg „kein Zurück mehr gibt“.

INHALT

▼ DREISSIG TAGE IM BASKENLAND

Ibarretxe antwortete Tage vor der Plenarsitzung auf Bürgerfragen.

Seite 2

▼ DAS BASKENLAND KENNEN LERNEN

Die baskische Regierung und die Provinzialräte unterzeichnen Vereinbarung zur Belebung der Wirtschaft.

Seite 3

▼ WEITERFÜHRENDE THEMEN

Die Expo in Saragossa feiert den Tag des Baskenlands.

Das Baskische gewinnt Sprecher.

Es war nicht die Bou Nabarra.

Seite 4

Das baskische Parlament verabschiedet das von der Regierung eingebrachte Volksbefragungsgesetz für den Frieden und die Einigung Der Lehendakari bekräftigt, dass sich das Zusammenleben der Völker „auf den Beitritt aus freien Stücken und nicht auf Zwang“ stützt

Er erklärt vor dem Plenum, dass „nicht derjenige spaltet, der fragt, sondern derjenige, der die Befragung verbietet“.

Das baskische Parlament verabschiedete am 27. Juni das von der Regierung mit dem Ziel eingebrachte Volksbefragungsgesetz, am 25. Oktober die direkte Meinung der baskischen Bürger über die Einleitung eines Verhandlungsprozesses einzuholen, um den Frieden und die politische Normalisierung zu erreichen.

Die Begründung des von der Drei-Parteien-Koalition verabschiedeten Textes übernahm der baskische Regierungschef Ibarretxe, der seinen eigenen Worte zufolge „aufgeregt“ und „stolz“ war, an einem „historischen“ Tag und erstmals eine Initiative vorzustellen, die eine direkte Befragung der baskischen Gesellschaft vorsieht, in der sich „die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des baskischen Volkes im 21. Jahrhundert niederschlägt.“ „Der heutige Tag wird für immer in meinem

Herzen bleiben“, sagte er.

Vor dem Plenum der baskischen Kammer versicherte Ibarretxe, dass sich die Pläne für das Zusammenleben zwischen Völkern „auf den Beitritt aus freien Stücken und nicht auf den Zwang“ stützen und beharrte darauf, dass Volksbefragungen als Formel der direkten Bürgerbeteiligung die Demokratie stärken. „Derjenige, der fragt, spaltet nicht, sondern derjenige, der die Befragung verbietet“, stellte er kategorisch fest.

10.000 Befragungen in den USA

Der baskische Regierungschef kritisierte zudem die Haltung von führenden Mitgliedern der Sozialistischen Partei und der Volkspartei, die gedroht haben, „um jeden Preis“ die Befragung zu stoppen und stellte sich die Frage, „in welcher

Demokratie, die sich als solche versteht, verbietet man, die Bürger zu befragen“.

An dieser Stelle wollte er die baskischen Parlamentarier daran erinnern, dass Volksbefragungen in Europa und in der ganzen Welt eine weit verbreitete Formel der politischen Beteiligung sind und nannte als Beispiele die Schweiz, Bayern, Österreich und die Vereinigten Staaten, wo im Jahr 2003 über 10.000 Befragungen abgehalten wurden. Zudem erwähnte er eine vom Ministerkomitee des Europarats 2001 verabschiedete Empfehlung, die sich an seine 44 Mitgliedstaaten, einschließlich Spanien, richtet, nach der „wenn man versucht, die Beteiligung derjenigen zu stimulieren, die an einer bestimmten Frage ein unmittelbares und konkretes Interesse haben, ist die Volksbefragung die ideale Formel“.

(Fortsetzung von Seite 1)

Auf die Auseinandersetzung über die sie stützende Rechtsgrundlage eingehend verteidigte der baskische Regierungschef die Rechtmäßigkeit des von der Regierung in Gasteiz eingebrachten Gesetzentwurfs, da es sich um eine unverbindliche Volksbefragung handelt und nicht um eine Volksabstimmung. Gleichzeitig erinnerte er daran, dass „ähnliche Befragungen in anderen Autonomiestatuten zugelassen sind, ohne dass es notwendig gewesen wäre, hierzu die Verfassung zu ändern“.

Die Einigung unter Basken respektieren

Zu einem anderen Zeitpunkt seiner Ausführungen betonte Ibarretxe erneut, dass die baskische Gesellschaft von der politischen Blockade ermüdet und „sich vor der Gewalt von ETA ekelt“ und deshalb „das Recht hat, ihre Stimme zu erheben, und von uns allen Dialog und eine Lösung zu verlangen“.

Deshalb erläuterte er, dass die zwei in der Befragung gestellten Fragen dazu dienen, damit die Gesellschaft ihr ethisches Engagement gegen die Gewalt ratifiziert, in ähnlicher Weise, wie dies in der Vereinbarung von Ajuria Enea und im spanischen Abgeordnetenhaus im Mai 2005 geschah und dass alle Parteien ein demokratisches Einvernehmen über das Selbstbestimmungsrecht erzielen, das von dem Staat „im Unterschied zu dem bislang Geschehenen“ anerkannt werden sollte. „Wir müssen entscheiden dürfen, zusammen zu leben, denn wenn es keine Entscheidungsfreiheit gibt, erfolgt das Zusammenleben nicht aus freien Stücken, sondern ist aufgezwungen“, unterstrich er.

Er erinnerte den spanischen Ministerpräsidenten ebenfalls daran, dass er sich geweigert hat, mit ihm über die selben Fragen zu sprechen und zu verhandeln, zu deren Aushandlung er während des Friedensprozesses von Loyola mit Batasuna und ETA durchaus bereit war.

Abschließend hob der Lehendakari erneut hervor, dass „abgesehen von der heutigen Debatte und weit über die Ereignisse des 25. Oktober hinaus, die Tür, damit das Baskenland über seine Zukunft entscheidet, aufgestoßen ist und er zeigte sich überzeugt, dass das Selbstbestimmungsrecht des Baskischen Volks „ein Weg ist, auf dem es kein Zurück mehr gibt“. „Die Tür ist für immer aufgestoßen und niemandem wird es – trotz zahlreicher juristischer, politischer Hürden und Verzögerungen, die er einbringen möchte, - gelingen, sie wieder zu schließen. Es wird ihm niemals gelingen“, bekräftigte er standhaft.

Nachdem das Volksbefragungsgesetz im baskischen Parlament verabschiedet worden ist, muss es zu seiner Umsetzung das gewöhnliche Verfahren durchlaufen. Die spanische Regierung und die Volkspartei haben allerdings bereits ihre Absicht angekündigt, es vor dem Verfassungsgericht anzufechten. Falls der Einspruch zugelassen wird, könnte dieses für einen Zeitraum von höchstens fünf Monaten die Aussetzung des Gesetzes verkünden. (Weitere Information: www.euskadi.net)



Foren, beglückwünschte sich der Lehendakari zu dem Grad der Reife und Ernsthaftigkeit, mit dem die Bürger die Befragung aufgenommen haben und versicherte, dass diese „im Unterschied zu den Politikern“ die Tatsache befragt zu werden mit „Normalität“ und „ohne Dramatik“ sehen.

Der baskische Regierungschef ging im Einzelnen auf den Inhalt des Gesetzes ein, das einige Tage später im baskischen Parlament diskutiert werden sollte, erläuterte Unklarheiten und antwortete auf die Fragen, die von den Bürgern im Netz in

den vergangenen Tagen aufgeworfen worden waren.

So verneinte Ibarretxe, dass das Gesetz keine eindeutige Ablehnung der Gewalt von ETA beinhaltet, so wie ihm dies von der Sozialistischen Partei vorgeworfen worden ist und bekräftigte, dass die erste Frage der Befragung darauf abzielt „ETA in ihre Schranken zu verweisen“ und ihr zu sagen, dass „sie endlich und für immer dichtmachen solle“.

Bei der Antwort auf die Frage nach der rechtlichen Unbedenklichkeit seines Vorschlags stritt Ibarretxe ab, dass die Befragung illegal ist und trat dafür ein, die derzeitige Gesetzgebung zu ändern, „wenn es erforderlich ist“. Gleichzeitig bekräftigte er, dass mögliche Verfassungsklagen, welche die spanische Regierung schon seit langem ankündigt, ein „Zeichen der Schwäche des Staates“ und „ein Mangel an Respekt“ gegenüber der Demokratie sind. Über seine eigene politische Zukunft versicherte der Lehendakari, dass er, wenn die baskische Gesellschaft diese Initiative nicht unterstützt, „er in aller Ruhe und ohne Dramatik nach Hause ginge“.

Tag vor der Plenarsitzung des Parlaments

Ibarretxe beantwortete Bürgerfragen

Einige Tage vor der Plenarsitzung, in der die Debatte über das Volksbefragungsgesetz stattfand, traf sich der baskische Regierungschef im Kursaal in Donostia mit einer großen Zahl von Bürgern, um persönlich die Fragen zu beantworten, die diese ihm im Zusammenhang mit der Befragung stellen wollten. Ibarretxe hatte überdies Gelegenheit, einige der Kommentare und Fragen zur Kenntnis zu nehmen, welche die baskische Gesellschaft im Internet über die Bürgerbeteiligungsinitiative Konpondu.net geäußert hat, die von der baskischen Regierung gestartet worden war.

Vor über sechshundert Zuhörern, in ihrer Mehrzahl Teilnehmer der verschiedenen über Konpondu organisierten

Die Regierung und die Provinzialräte unterzeichnen eine Vereinbarung, um öffentliche Investitionen in den nächsten vier Jahren zu beschleunigen

13 Milliarden Euro für die Belebung der baskischen Wirtschaft und zur Schaffung von 20.000 Arbeitsplätzen

Die baskische Regierung und die Provinzialräte von Alava, Gipuzkoa und Bizkaia haben ein Sofortprogramm aufgelegt, um die baskische Wirtschaft zu beleben, Beschäftigung zu schaffen und die Produktivität zu verbessern. Hierzu unterzeichneten der baskische Regierungschef Ibarretxe und die Präsidenten der Territorialverwaltungen in Ajuria Enea eine interinstitutionelle Vereinbarung, die mit nahezu 13 Milliarden Euro dotiert ist, um in den nächsten vier Jahren die öffentliche Investition zu beleben. Die in demselben Zeitraum vorgesehenen Investitionen werden auf dem Beschäftigungsmarkt rund 20.000 Arbeitsplätze schaffen, von denen 14.000 direkter Art sein werden.

Mit dieser bedeutsamen Maßnahme beabsichtigen die baskischen Institutionen, der derzeitigen wirtschaftlichen Tendenz einer „Verlangsamung“ der Weltwirtschaft zuvorzukommen, indem sie Maßnahmen ergreifen, die darauf abzielen, den Rhythmus der Wirtschaftstätigkeit und des Wachstums beizubehalten. Hierzu wird die Ausführung von bereits begonnenen Projekten beschleunigt und weitere neue Projekte hinzukommen.

So werden Bauvorhaben wie der „Maulwurf“ in Donostia, die U-Bahn-Linien 2 und 3 in Bilbao, der Gesamtstraßenplan für Alava, das neue Exzellenzzentrum für Stahltechnologie, der Ausbau der Regasifizierungs-Anlage Bahías de Bizkaia, der Bau von vier neuen Krankenhäusern und die Regulierung von verschiedenen Flüssen einige der Projekte sein, die von dieser Vereinbarung vollständig betroffen sind, in der die Bauarbeiten des Y-förmigen Schnellbahnnetzes nicht enthalten sind, da es sich hierbei um ein Projekt mit einer besonderen Finanzierungsart handelt.

Horizont des Vertrauens und der Sicherheit

Nach der Unterzeichnung der Vereinbarung im Palast Ajuria Enea erklärte der baskische Regierungschef, dass wir



aus wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht vor einer „Führungs-Initiative“ stehen und brachte den Start dieser bedeutenden Initiative in Verbindung mit dem „effizienten Management“, das die baskischen Institutionen während dieser Jahren geführt haben, was es seiner Meinung nach ermöglicht hat, über Ressourcen zu verfügen, um die Infrastrukturen zu „beschleunigen“ und gleichzeitig die Politiken der gesellschaflichen Solidarität – „unsere Hauptpriorität“ wie er erinnerte – auszuweiten.

„In Boom-Zeiten sparen, ist grundlegend, um später in der Lage zu sein, in schlechten Zeiten etwas ausgeben zu können“, erläuterte der Lehendakari, der außerdem das Beispiel der Familien anführte, um zu erklären, in welcher Weise die in der Vereinbarung vorgesehenen Investitionen finanziert werden. „Neben den ordentlichen Einkünften, werden wir alle Ersparnisse mobilisieren und auch auf die Verschuldung zurückgreifen“, merkte er an.

All dies, mit dem Ziel, den baskischen Bürgern eine „Stabilitätsgarantie“ und den Wirtschaftsbranchen „und auch der Welt“ „Vertrauen“ zu geben, weil „wir ein solides Land“ sind, unterstrich der baskische Regierungschef.

Hausaufgaben erledigt

Der Lehendakari erinnert bei jeder sich ihm bietenden Gelegenheit daran, dass nur weil in Boom-Zeiten „die Hausaufgaben erledigt wurden“, es jetzt überhaupt möglich ist, dass die Auswirkungen der Verlangsamung im Baskenland geringer ausfallen.

So wuchs die baskische Wirtschaft im ersten Quartal des Jahres um 3,1%, ein Wert der höher als die der benachbarten Wirtschaften liegt. Die Prognosen für die nächsten Monate deuten auf ein Wachstum von 2,5% hin. Zudem beziffern die zuletzt von Eurostat vorgestellten Statistiken das Prokopfeinkommen der Basken auf 141% des europäischen Durchschnittseinkommens, fünf Prozentpunkte mehr als noch vor einem Jahr.

Im Unterschied zu dem Geschehen in anderen Gemeinschaften wird im Baskenland weiterhin Beschäftigung geschaffen, dank einer gewachsenen und wettbewerbsfähigen Gewerbestruktur, einer diversifizierten und weniger vom Immobilienbereich abhängigen Wirtschaftsstruktur sowie des immer noch relativ geringen Verschuldungsgrads der Klein- und Mittelbetriebe.

Das Baskenland überschwemmte die Expo in Saragossa

Der Festtag begann mit Trainera-Regatten auf dem Ebro, von denen einige sogar für die offizielle ACT-Liga zählten, die erstmals nicht im Kantabrischen Meer stattfanden. Die Erfahrung erwies sich als voller Publikumserfolg, unter dem eine große Anzahl von Fans zu finden war, die aus diesem Anlass aus dem Baskenland angereist waren.



Nach den sportlichen Wettkämpfen verlagerten sich die Aktivitäten in den Pavillon des Baskenlands, in dem das Wasser - wie auch in allen anderen Ausstellungshallen der Expo - das dominierende Element ist. So hängen an seiner Decke 10.000 ausgesprochen winzige Methacrylat-Röhren, die den Sirimiri-Effekt nachahmen, sowie acht Regenschirme, an denen man die natürlichen Ressourcen bewundern kann, mit denen das Baskenland aufwartet.

In dem Holz an den Wänden sind zudem die baskischen Flüsse eingra-

der rote Faden der Rede, die der baskische Regierungschef Ibarretxe hielt, wobei er die alten Verse von Joxe Antonio Artze "Iturri zaharretik edaten dut. Ur berria edaten, beti berri den ura betiko iturri zaharretik", benutzte, um zum Ausdruck zu bringen, dass "das alte Volk der Basken weiterhin jung ist, weil wir Tag für Tag frisches Wasser aus der alten Quelle trinken".

Der Tag des Baskenlandes fand einen gelungenen Abschluss in dem Konzert, das die baskische Sopranistin Ainhoa Arteta begleitet von dem Symphonie-

viert, und durch in diese eingebaute Spione kann der Besucher einige der bekanntesten Landschaften des Baskenlands anwählen.

Das Wasser war auch

orchester Bilbao im Auditorium von Saragossa gab, bei dem sie die "Canciones de Valldemosa" von Antón García Abril mit Texten des Schriftstellers Antonio Gala zur Aufführung brachte. Auch das Orfeón Donostiarra trat bei dem Konzert auf und interpretierte die „Cuadros Vascos“ von Guridi.

Es ist nicht die Bou Nabarra

Es hätte sich um die Bou Nabarra handeln können, aber schließlich haben die letzten von Tauchermannschaften in diesem Frühjahr durchgeführten Forschungen widerlegt, dass die am Cabo Matxitako gefundenen Reste von diesem legendären Schiff stammen, das einst zur Hilfskriegsmarine des Baskenlandes gehörte und mit einem Großteil seiner Besatzung 1937 von dem franquistischen Kreuzer Canarias versenkt wurde (siehe Nr. 110 der Baskischen Nachrichten).

Obwohl die Identität des untersuchten Wracks weiterhin ungeklärt ist, weiß man immerhin, dass es zu einem Schiff gehört, das Eisenerz transportierte, dessen Abmessungen denen der Nabarra sehr ähnlich sind, wenn auch seine Back fünf Meter kürzer als die der legendären Bou ist. Die Untersuchungen zielen jetzt darauf ab, die Identität des Wasserfahrzeugs zu ermitteln, da in keinem Register der Untergang eines Schiffs dieser Art in diesem Gebiet aktenkundig ist.

Das Baskische gewinnt weiterhin Sprecher

In der baskischen Bevölkerung von über sechzehn Jahren macht die baskische Sprache weiterhin Fortschritte und gewinnt Sprecher, genauer gesagt 137.200 Personen seit 1991. Diese Daten ergeben sich aus der jüngsten von der baskischen Regierung erstellten Soziolinguistischen Umfrage, die erkennen lässt, dass in der baskischen Regionalautonomie in den vergangenen Jahrzehnten die Anzahl derjenigen spürbar zugenommen hat, die das Baskische kennen und benutzen. Diese Zunahme der zweisprachigen Bevölkerung ist auch in Navarra festzustellen, vor allem unter den Jugendlichen, obwohl die Wachstumsrate hier geringer ausfällt. In Iparralde (in Frankreich liegender Teil des Baskenlandes) und trotz der weiteren Zurückdrängung des Baskischen, hat diese zumindest an Geschwindigkeit eingebüßt und es sind erste Hoffnungsschimmer auszumachen. Die Umfrage wird alle fünf Jahre anhand einer Stichprobe durchgeführt und ihr Hauptziel ist es, die soziolinguistische Situation des Baskenlands abzubilden, indem hierfür sowohl das Niveau der Sprachkompetenz und der Benutzung des Baskischen als auch das Wesen der Einstellungen analysiert werden, die seine Förderung begünstigen.